

Christliche Politik recht verstanden

Kolumne in der Aargauer Zeitung/Mittellandzeitung vom 21. November 2009

In der Aargauer Zeitung/Mittellandzeitung wurde die CVP kritisiert, weil sie angeblich zu wenig klar gegen die Minarettinitiative Position beziehe. Das ist falsch, erstens in der Analyse, zweitens in den Konsequenzen, die der Autor zieht. Zuerst ein paar Klarstellungen: Erstens trat in der „Arena“ sehr wohl ein CVP-Politiker auf, der sich für die Religionsfreiheit einsetzte und daran erinnerte, dass aus einem Minarettverbot auch ein Kirchturmverbot abgeleitet werden könne. In manchen öffentlichen Stellungnahmen von CVP-Exponentinnen und Exponenten finden sich Argumente aus christlicher Sicht gegen die Initiative. Zweitens macht Herr de Schepper den Fehler, dass er die Worte gewisser SVP-ler, die jetzt so gerne das C vor sich her tragen wie eine Monstranz, für bare Münze nimmt. Bei Zwingli hätte er nachlesen können: „Christ sein heisst nicht christlich zu schwätzen, sondern ein Leben zu führen, wie er es geführt hat.“

Drittens macht er den christlichen Politiker darin aus, dass er sich für Weihnachtsfeiern an Schulen einsetzt. Woher weiss er, dass wir das nicht tun? Man schaue dazu die gemeinsame Position der CVP und des Lehrerverbandes an.

Wenn der Journalist möchte, dass die Religion wieder in der Gesellschaft wichtiger werde, entgegne ich, aus der gleichen christlichen Überzeugung, dass ich hier vorsichtig wäre, wie wir das umsetzen wollen im 21. Jahrhundert. Wollen wir wirklich hinter die Aufklärung zurück? Wollen wir wirklich den religiösen Fundamentalismus, auch den christlichen, zurück? Wollen wir wirklich die amerikanische Gesinnungs-PR-Frömmelei auch in der Schweiz? Müssen auch hier alle Jesus duzen? Man hüte sich vor den Leuten, vor allem Politikern, die immer genau wissen, wo Gott hockt, und sich direkt von göttlichem Beistand geleitet fühlen. Wünscht sich Herr de Schepper mehr CVP-ler vom Zuschnitt eines G.W. Bush? Damit können wir nicht dienen.

Ein aufgeklärter Christ hat seinen Glauben durch die Vernunft geläutert und ihren kritischen Einwänden Rechnung getragen. Die CVP war die erste Partei, die das Thema Islam aufgenommen hat. Dies bereits vor fünf Jahren!

Wir bezogen im Grundlagenpapier „Religionsfreiheit und Integration“ Position zum Religionsfrieden und forderten Massnahmen gegen religiösen Fundamentalismus. Viele Medien reagierten abschätzig über den Umstand, dass wir eine solche Debatte lancierten und machten sich über uns lächerlich. Bundesrat Couchepin und seine FDP warfen uns gar vor, ein Problem aus der Religion zu machen, das keines sei. Wir zeigten damals mit konkreten Massnahmen auf, wie in einer pluralistischen Gesellschaft den christlichen Werten ihre gebührende Rolle gesichert werden kann.

Erneut haben wir die Ankündigung der Minarettinitiative als einzige Partei stark kritisiert und dazu ein Positionspapier veröffentlicht („Sie sagen Minarette und meinen Moscheen“). Wir zeigten klar auf, dass die Initiative keine Antwort auf den Fundamentalismus ist. Wir machten Vorschläge zur Bekämpfung von Religionsfanatikern, die unsere aufgeklärte christliche Gesellschaft unterwandern. Imame müssen in einer Landessprache predigen, Moscheen sollen offen sein für alle, wie christliche Kirchen, und der Rechtsstaat ist absolut zu respektieren, Parallelgesellschaften sind zu verbieten.

Anstatt der SVP das Wort zu reden, hätte Herr de Schepper besser deren Argumente genau geprüft. Heute halten die SVP-ler die Gleichberechtigung der Frau und den Rechtsstaat hoch, predigen die Werte des Abendlands. Morgen werden von denselben Leuten gleiche Löhne für gleiche Arbeit bekämpft, der Rechtsstaat für sozial Schwache eingeschränkt, und Tugenden wie Anstand als sekundär bezeichnet. Man kann sich auch fragen, warum sich Christoph Blocher als theologisch versierter Mann zurückhält im Abstimmungskampf. Er kennt die Gefahr, wenn religiöse Inhalte politisch instrumentalisiert werden. Das Christentum darf nicht als parteipolitische Waffe dienen. Besser ist es, es zu leben. Aber genau dort hat die Politik

sich nicht einzumischen, schon gar nicht die CVP. Denn wir respektieren die Freiheit des Individuums, besonders die religiöse, solange sie den Rechtsstaat respektiert. Gott sei Dank.

Gerhard Pfister, CVP Kanton Zug, Nationalrat